

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Beilage oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., ansonstige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Donnerstag, den 25. Januar 1917.

24. Jahrg.

Englands Finanzklemme.

Von Heinrich Cunow.

Die vom englischen Schatzamt mit einem großen Kommandationsmeeting in der Londoner Guildhall eingeleitete „größte Finanzoperation der Welt“ scheint trotz der wortgewaltigen Empfehlungsbreden des Lord Mayors sowie der großen Staatsmänner Lloyd George, Bonar Law und Mac Kenna nicht nur in der Londoner Finanzwelt, sondern auch in den englischen Regierungskreisen auf allerlei Bedenken zu stoßen. Vor zwei, drei Wochen wagten nur erst wenig englische Blätter die Meinung zu äußern, daß die neue Krieganleihe zu einem Englands Ansehen als Kapitalmacht schwer schädigenden Mißerfolg führen könne, wenn nicht in der einen oder anderen Form ein gewisser Zwang auf das kapitalkräftige Publikum ausgeübt werde, einen Teil ihres Kapitals in den neuen Anleihenwerten anzulegen. Jetzt scheint im Schatzamt selbst die Ansicht Boden zu gewinnen, daß aus der neuen Anleihe trotz der Barnumschen Riesenreklame nicht das schließlich erhoffte Resultat herauspringen wird, wenn nicht mit einem starken Druck, nötigenfalls mit direktem Zwang nachgeholfen wird; denn anders läßt sich die über Holland gemeldete Verfügung der englischen Regierung kaum deuten, daß sämtliche englische Kapitalisten ihren in Gold und Wertpapieren aller Art bestehenden Kapitalbesitz genau angeben sollen.

Die zur Zeichnung aufgelegte neue englische Anleihe bietet sicherlich außerordentlich günstige Bedingungen, vor allem wenn man damit die einseitige Nachfrage nach 24prozentigen Consols in den schönen Zeiten vor dem Kriege vergleicht. Die eine Ausgabe der neuen Anleihe erfolgt zum Einzahlungstermin von 95 Prozent bei einem Zinssatz von 5 Prozent. Das sind selbst im ungünstigsten Fall, d. h. wenn die Einlösung bis zum Endtermin, den 1. Juni 1947, hinausgeschoben wird, noch immer über 5 1/2 Prozent, zu denen noch einige kleine Vorteile bei der ersten Zinsberechnung kommen, so daß die „Times“ eine Verzinsung von 5 Pfund 8 Schilling 3 Pence für 100 Pfund Sterling herausrechnet. Auch wenn man davon die heutige englische Einkommensteuer auf solche Werte in Abzug bringt, bleibt immer noch eine Nettoverzinsung von 4 Pfund 2 Schilling 3 Pence pro 100 Pfund. Nun hat aber nach den Anleihebedingungen das Schatzamt das Recht, die ganze Anleihe oder einen Teil derselben bereits vom Jahre 1919 ab zum Marktwert einzulösen. Dadurch fließt für jenen Teil der Anleihepapiere, die bereits 1919 zurückgekauft werden, die Verzinsung auf fast 5,7 Prozent. — Die zweite völlig von der Einkommensteuer befreite Ausgabe erfolgt dagegen zum Nennwert. Sie läuft bis zum 15. Oktober 1942 und bietet nur eine Aprozente Verzinsung — 4 Pfund pro 100 Pfund Sterling, gegen 4 Pfund 2 Schilling 3 Pence. Die Frage ist nur: wird die höhere Einkommensteuer auf diese Werte bestehen bleiben? In Betracht der ganzen Finanzverhältnisse Englands ist nicht nur möglich, sondern mehr als wahrscheinlich, daß die Einkommensteuer bald noch beträchtlich höher hinaufgeschraubt wird, und dann kann der Besitz von Anleihenwerten des zweiten Typs, die in allen Fällen eine gesicherte steuerfreie Verzinsung von 4 Prozent bieten, sich vorteilhafter erweisen, als der Besitz der nichtsteuerfreien 5prozentigen Werte. Auf diese Zukunftserwägungen spekuliert die englische Regierung.

Außer einer hohen Verzinsung bietet aber die neue Anleihe noch sonst den Zeichnern allerlei besondere Vorteile. Zum Beispiel brauchen auf die bezeichneten Artikel Beträge bis zum 2. März 1917 nur erst 20 Prozent einbezahlt zu werden, und mit der letzten 20prozentigen Einzahlung hat es Zeit bis zum 30. Mai 1917. Ferner erhalten die Besitzer von 5- und 4prozentigen Schatzscheinen (Erbscheuere Fonds), die diese gegen neue Anleihepapiere umtauschen, für die 100 Pfund Sterling ihrer alten Scheine 105 Pfund 5 1/2 Schilling in neuen Anleihenwerten usw.

Dennoch, trotz aller Vergünstigungen ist höchst zweifelhaft, ob die englische Regierung ihren mit der neuen Anleihe verfolgten Zweck auch nur halbwegs erreichen wird. Daß sie nach Schluß der Zeichnungen am 16. Februar der gläubigen Welt verkünden können wird, es sei noch nie in der Finanzgeschichte der Welt eine gleich hohe Summe gerechnet worden ist zweifellos. Aber es kommt bei dieser Finanzoperation viel weniger auf die Höhe der Summe an, als auf die Art der Zeichnungen, auf das Wie. Bekanntlich können die 4prozentigen Krieganleihepapiere von 1915 sowie die 5- und 4prozentigen Schatzscheine gegen die neue Anleihe umgetauscht werden. Der Wert dieser Papiere beträgt ungefähr 1403 Millionen Pfund Sterling, allein durch diesen Umtausch würde sich also eine Zeichnungssumme von beinahe 29 Milliarden Mark ergeben. Dieser Umtausch wird sicherlich nicht in vollem Umfange erfolgen, ein Teil der Besitzer von solchen Schatzscheinen wird es für vorteilhafter halten, seine kurzfristigen Papiere vorläufig zu behalten; aber selbst wenn der Umtausch all dieser älteren Papiere erfolgte, welchen Nutzen hätte davon das englische Schatzamt? Es hätte nur einen Teil der durch die leichtfüßige englische Finanzpolitik zu riesiger Höhe angeschwollenen schwebenden Schuld in eine fundierte Anleihe Schuld umgewandelt — sicher ein

Vorteil, aber ein Vorteil, den England mit großen Geldopfern erkaufte hätte, ganz abgesehen davon, daß selbst dann, wenn diese ganze Finanztransaktion gälte, noch für ungefähr 23 Milliarden Mark kurzfristiger unfundierter Werte im Umlauf blieben.

Damit aber hätte England noch immer kein einziges Pfund Sterling neues Geld zur Bestreitung seiner immerhin ansehenswerten Kriegsausgaben gewonnen.

Die Meinung der englischen Geschäftswelt, das Handelsgeschäft und die Finanzen Englands würden durch den Krieg nur wenig gestört werden, hat sich als grundfalsch erwiesen. Vornehmlich hat die Finanzlage sich gründlich geändert. Nach und nach hat die englische Regierung immer größere Kreditansprüche stellen müssen, so daß mit der am 14. Dezember v. J. bewilligten 14. Kreditforderung, die Gesamtsumme der bewilligten Kredite auf 71 Milliarden Mark gestiegen ist — und schon in aller nächster Zeit werden Kreditforderungen folgen; denn immer höher steigen Englands tägliche Kriegskosten. In den ersten 8 Monaten des Krieges stellten sich im Durchschnitt die englischen Kriegskosten auf nur 2,7 Millionen Pfund Sterling pro Tag, in den letzten 8 Monaten haben sie über 6,4 Millionen pro Tag betragen, und heute dürften die täglichen Kriegsausgaben auf ungefähr 7,5 Millionen Pfund Sterling, also 150 Millionen Mark anzuwachsen sein. Eine Summe, die freilich England nicht für sich allein braucht. Damit seine Verbündeten nicht die Waffen strecken, hat es, wie Bonar Law in der Unterhausrede vom 9. Dezember zugab, diesen schon im Oktober und im November 1916 täglich über 1,6 Millionen Pfund Sterling, also ungefähr 33 Millionen Mark, an Unterstützung zahlen müssen; und auch diese Subsidien sind ungewiss, seitdem die rumänische Front nach dem Verlust des Brückenkopfes von Raneşti auffallend ruhig ist. Sie scheinen ihre Stellungen bei Fiume noch weiter zu befestigen. Vom rechten Flügel der rumänischen Front wird die Beschäftigung von Galatz mit den schwersten Kalibern fortgesetzt. Auch die bulgarische Artillerie im Donauraum ist der Beschäftigung der südöstlichen Befestigungsanlagen fort. Seit den letzten vergeblichen Versuchen der rumänischen Donaumonitore, Rani zu erreichen, haben es die Rumänen noch nicht gewagt, mit ihren Torpedobooten in die offene Donau einzulaufen.

Um diese enormen Ausgaben zu decken, hat das englische Schatzamt, nachdem seine beiden ersten Krieganleihen völlig unzulängliche Ergebnisse geliefert hatten, zu immer neuen

Ausgaben von Schatzobligationen, Schatzwechseln und verschiedenen Arten von Kriegszertifikaten gegriffen, so daß schon gegen Ende des abgelaufenen Jahres die kurzfristige schwebende Schuld auf über 40 Millionen Mark angeschwollen war. Zugleich versuchte es England mit der Aufnahme von Anleihen im Auslande, zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika, dann in Japan, jetzt wieder in Amerika — und nun will man — sogar eine Anleihe in Indien aufnehmen.

Dabei mußte sich das einst auf seine Finanzkraft so stolze England die drückendsten Bedingungen gefallen lassen. Für seine japanische Anleihe hat es 6 Prozent Zinsen gewähren müssen. Noch härter sind die Bedingungen, die das englische Schatzamt bei der neuen amerikanischen Anleihe dem Morgan-Konjunktum gegenüber eingegangen ist. Wie „Wall Street Journal“ kürzlich meldete, wünschte das Schatzamt eine Anleihe im Betrage von 300 Millionen Dollar, lautend in Pfund Sterling, zur Hälfte rückzahlbar in zwei Jahren, zur anderen Hälfte in fünf Jahren. Erhalten hat es nur eine Anleihe von 250 Millionen Dollar, gegen Hinterlegung sicherer Wertpapiere in Dollar-Obligationen ausgestellt, so daß England das Risiko der Wechselkurschwankung übernimmt; und die Rückzahlung hat nicht erst in drei und fünf Jahren, sondern zu zwei Dritteln bereits in dem nächsten Jahre, der Rest nach zwei Jahren zu erfolgen. Der Zinssatz beträgt 5 1/2 Prozent, dürfte sich aber mit Einschluß des Kursgewinnes — den genauen Emissionskurs hat der Telegraph noch nicht gemeldet — wohl auf 6 Prozent stellen, was doch schon gleich zu Anfang der Verhandlungen England zu einem Anleihenmodus bereit, der den Amerikanern für die fünfjährigen Obligationen eine Verzinsung von 5,85 Prozent erwärte.

So hat sich England durch ungeheure Häufung seiner inneren schwebenden Schuld und drückende Anleihen im Auslande immer wieder die Mittel zur Deckung seiner Kriegsausgaben beschafft. Aber nun geht diese Finanzwirtschaft nicht mehr so weiter. Das Schatzamt braucht neues Geld, viel Geld, und wenn die neue Anleihe es trotz der Barnumschen Reklame und Anwendung zweifelhafter Stimulierungsmittel, wie die jüngste Fandisiskontermarkierung, nicht bringt — dann bleibt nur der Zwang, die

Vom Tage.

Im Osten sind die deutschen Truppen beiderseits der Na zum Angriff übergegangen und haben den Russen beträchtliches Gelände entzogen, sowie ihnen über 1500 Gefangene abgenommen. Vom rumänischen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Die Rumänen legen ihre Versuche, zwischen dem Troststal und der Patna unsere Stellungen zu erschüttern, hartnäckig fort, wobei jedoch festgestellt werden konnte, daß die Intensität der Angriffe merklich nachläßt. Im Zentrum der rumänischen Front halten sich die Rumänen nach dem Verlust des Brückenkopfes von Raneşti auffallend ruhig. Sie scheinen ihre Stellungen bei Fiume noch weiter zu befestigen. Vom rechten Flügel der rumänischen Front wird die Beschäftigung von Galatz mit den schwersten Kalibern fortgesetzt. Auch die bulgarische Artillerie im Donauraum ist der Beschäftigung der südöstlichen Befestigungsanlagen fort. Seit den letzten vergeblichen Versuchen der rumänischen Donaumonitore, Rani zu erreichen, haben es die Rumänen noch nicht gewagt, mit ihren Torpedobooten in die offene Donau einzulaufen.

Nach dem „Zürcher Tagesanzeiger“ beginnt die französische Kampffront an der Somme jetzt 2 Kilometer nördlich von Peronne bei Mont St. Quentin. Die Engländer haben Boucaresnes und Maine in ihre Front einbezogen. Die englische Verbindung umfaßt somit ein Frontstück von 10 bis 12 Kilometern und erstreckt angefaßt der großen englischen Kräfte hinsichtlich der Wirkung bezüglich der Freimachung der französischen Kräfte recht unbedeutend.

Der Vorkampf Wilsons wird von der deutschen Presse, die zu einem Teil seine Bemühungen um den Frieden anerkennt, nur geringe praktische Bedeutung beigemessen.

Die Schweizer Blätter betonen, daß Wilson allen Friedensfreunden und allen Anhängern der Abrüstung aus dem Herzen gesprochen habe.

Die Pariser Blätter bewerten, daß die besondere Wichtigkeit und die hohe geschichtliche Bedeutung der Politik Wilsons anzuerkennen sei, meinen aber, ein so gemachter Vorschlag sei ein unausführbarer Traum, da er alle Fragen als gelöst voraussetze, die Europa gegenwärtig verheeren. Sie unterstreichen allgemein die Formel für die künftige Friedensgrundlage, indem sie erklären, daß Wilsons Auffassung von Gerechtigkeit und Freiheit auch diejenige der Alliierten sei, machen aber ausdrücklich den Vorbehalt hinsichtlich eines „Friedens ohne Sieg“ und betonen auf den notwendigen unerlässlichen Wiederherstellungen.

Von der englischen Presse fügen wir den gestern bereits mitgeteilten Stimmungen heute noch eine hinzu, und zwar die der „Westminster Gazette“. Sie fragt, was der Präsident täte, wenn

er an Englands Stelle wäre und nach jahrelangem Kampf ein Dritter ihm nahelegte, auf die Früchte seiner heißen Bemühungen zu verzichten. Sie fragt weiter: „Verfolgt Präsident Wilson nicht einer anderen tatsächlichen Zweck? Denn man kann nicht annehmen, daß die Ansprache an den Senat Selbstzweck ist. Ein richtiger Schritt wäre es, wenn Wilson jetzt erklären würde, die deutschen Bedingungen seien ihm bekannt, und wenn er sie nun angeben wollte. Wodurch könnte England eine bestimmte Antwort auf Wilsons Vorschläge erteilen, die jetzt noch zu undeutlich sind, um die Feststellung zu gestatten, ob der vorgeschlagene Friede ohne Sieg ein Friede sei, der zu dem notwendigen Ziel Englands führt, oder ein Friede, der die Zerschmetterung des Feindes bedeutet, was England nicht will.“ Zum Schluß erklärt das Blatt, das Weltfriedensideal Wilsons könne nur erreicht werden, wenn der Verhandlung obliege.

Von der italienischen Presse erklärt „Giornale de Italia“: Der Vorkampf des Präsidenten Wilson kommt große Bedeutung zu. Sie ist der Ausdruck der festen Entschlossenheit des Präsidenten, seine Friedensaktion weiter zu führen. Das Blatt erwartet eine baldige neue Kundgebung Wilsons an die Kriegführenden, die über die Absichten des Präsidenten noch mehr Licht verbreiten werde. Das Blatt behält sich vor, die Wirkungen des Vorschlages näher zu erörtern, wenn die Methoden geklärt sein werden, die Wilson zu seiner Verwirklichung zu befolgen gedenke, und erwähnt besonders, daß Amerika seine Geneigtheit zeige, weitere Gewaltakte deutlicher Korridore zu erdulden. Schließlich erörtert es die Frage, welche die Schlußpunkt der Vereinigten Staaten nach einem Friedensschluß erforderlich machten.

Ueber den Eindruck der Wilsonschen Politik in Amerika liegt bisher nur eine Funktionärmeldung von Wolff vor. Nach derselben kam Wilsons Rede vor dem Senat unerwartet und überraschend. Sie war eine der bedeutendsten Erklärungen, da sie sich mit der Frage beschäftigt, ob die Vereinigten Staaten von ihrer traditionellen Politik der Isolierung und des Nichteingehens von Bündnissen abgehen und an einem Weltbund zur Erhaltung des Friedens nach dem Kriege teilnehmen sollen. Präsident Wilson sprach ungefähr eine Stunde im Senat. Die Galerien waren überfüllt und lauteten andächtig. Als sich der Senat wieder seinen gewöhnlichen Geschäften zuwandte, sagte Senator Le Follette: „Wir haben soeben sehr wichtige Stunden im Leben der Welt durchlebt.“ Während bisher keine redaktionellen Kommentare zu erlangen sind, spiegelt sich der von der Rede gewonnene Eindruck darin wieder, daß die hauptstädtischen Blätter Wilsons Verlangen nach der Freiheit der Meere hervorheben. Die Rede wird als ein Beweis dafür angesehen, daß Wilson nicht die Absicht hat, die Verhandlungen über den Frieden fallen zu lassen, oder passiver Beobachter bei dessen Besprechung zu werden.

Das 'Berliner Tageblatt' meldet aus Genf: In einer Versammlung der Delegierten der französischen Arbeiter-Organisation erwähnte der frühere Minister Sembat eine Aeußerung Branda über die Kriegsziele Frankreichs und seiner Verbündeten. Nicht die Zerschmetterung Deutschlands ist unser Ziel, aber wir müssen endlich erfahren, was die Mittelmächte anstreben. Der Wunsch, den Frieden zu verlangen, genügt nicht, um ihn herbeizuführen.

Die Gelegenheit, in allen Einzelheiten zu erfahren, was die Mittelmächte wollen, bot sich der Entente bekanntlich durch das heutige Friedensangebot. Die Entente hat das abgelehnt, sie hat also gar keinen Anlaß, sich darüber zu beklagen, daß sie nichts von den Absichten der Mittelmächte — die übrigens grob umrissen vom Reichskanzler bereits öffentlich dargelegt sind — erfahre.

In Berlin sind in den letzten Tagen die Präsidenten der Parlamente der verbündeten Staaten zusammengewesen. Ueber die Verhandlungen selbst ist nichts bekannt. In einer Tischrede sagte unter anderem der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. Sylvester: 'Die Friedensbotschaft, die von dem Gedanken ausgegangen ist, daß der Stärkere nachgeben solle, ist vergeblich gewesen. Nun kommt der letzte Gang, der ungemein hart und blutig ausfallen wird.'

Am 23. Januar wurde der Kongreß der Arbeiterpartei in Manchester eröffnet. 700 Delegierte, darunter der Minister Henderson, waren erschienen. Nach einer Reutermeldung aus London billigte der Kongreß der Arbeiterpartei mit großer Mehrheit — 1340 000 gegen 307 000 Stimmen — den Eintritt von Mitgliedern der Arbeiterpartei in die Regierung.

Was voraussehen war! Die Arbeiterpartei ist eine ziemlich loje Organisation der Gewerkschaften für politische Zwecke. Die Sozialisten sind darin in verschwindender Minorität. Allerdings gehört auch die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party), die sozialistisch ist, zu diesem Konglomerat, vermag aber darin nur geringen Einfluß auszuüben. So erklärt sich, daß die Arbeiterpartei den kriegswichtigen Henderson und seine Kollegen Sodje und Barnes führt.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.B. Berlin, 21. Januar, abend. Deutsche Ungarische beiderseits der Ra ent rissen den Asien beträchtlich Gelände. Bisher wurden über 1500 Gefangene eingebracht.

Wien, 24. Januar. (Amstich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Stretion des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Das Nordbatter des St. Georgsarmee wurde wieder geräumt.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. Ueber Stellenweise gesteigertem Gefangenenstapel nichts zu melden.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts Neues. Italienischer und Südösterreichischer Kriegsschauplatz unverändert.

Der Balkanrieg.

Verhandlungen für Sarraïl.

Wie der Berliner Lokal-Anzeiger aus Saloniki über Sarraïl erzählt, isten auf der Halbinsel des Berges Athos von den Alliierten neue Truppen für Sarraïl gelandete worden.

Der 'Lokal-Anzeiger' bemerkt dazu: Das bedeutet eine neue schwere Neutralitätsverletzung, denn der Berg Athos ist als hierarchisches Gemeinwesen nach dem Balkan-Vertrag internationalisiert worden.

Der Seekrieg.

Das Nachgefecht im Kanal.

Deutsche Meldung.

In Ergänzung der amtlichen Meldung über das Gefecht zwischen einem Teil unserer Torpedoboots und englischen U-Booten am 23. Januar früh werden nachstehende Einzelheiten bekannt:

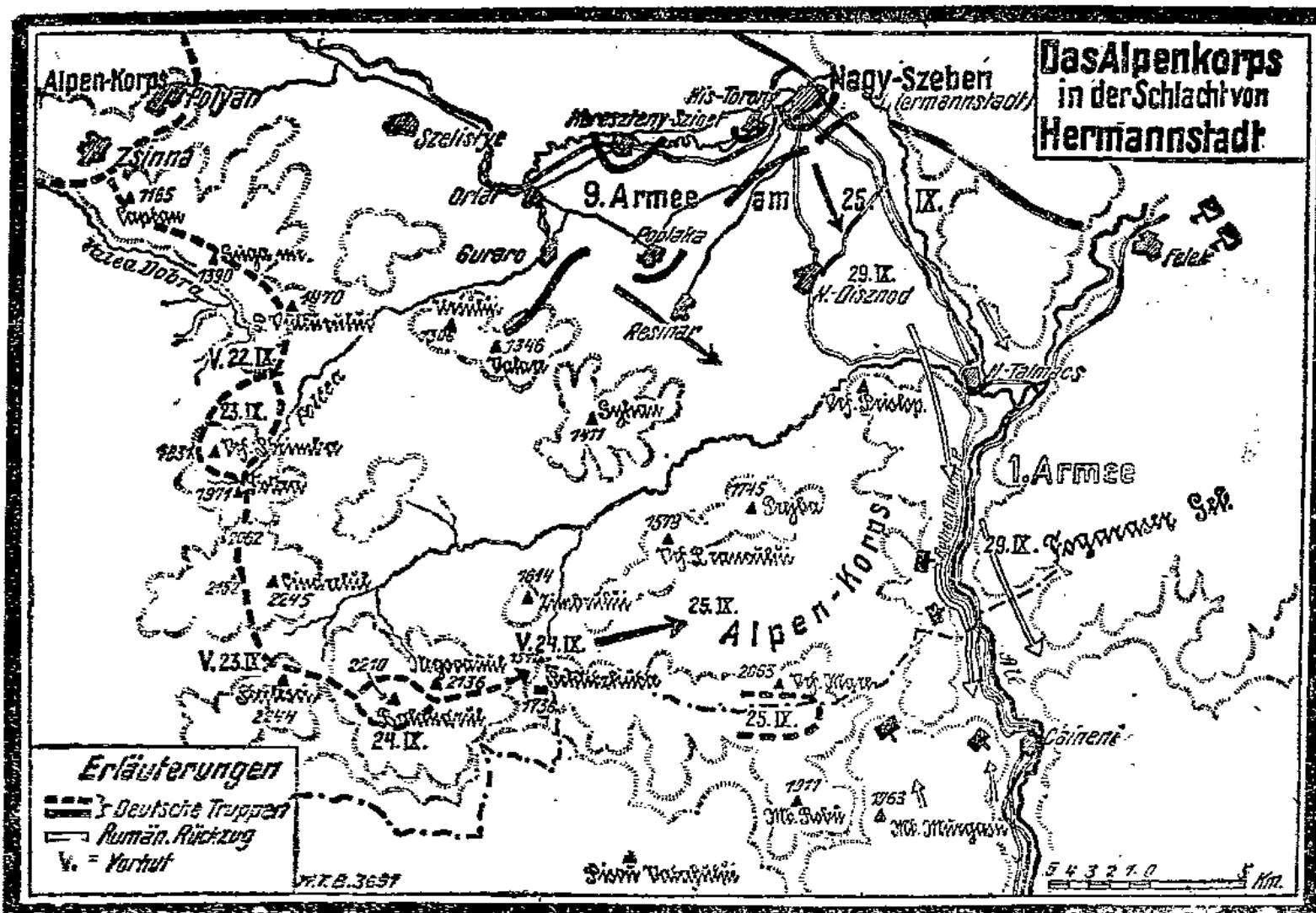
Um 2 Uhr des Morgens wurde das 'M. 69' einer Fregate in die Kommandobrücke. Dieser Angriff ist die Hauptursache der Verwundung von Kommandant Rax, der keine Gelegenheit zur Flucht fand. Die Besatzung des 'M. 69' wurde durch das Torpedoboot mit dem Schiff 'M. 69' in den Kanal gedrückt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt.

Das von 'M. 69' getriebene Boot hat trotz seiner Verwundung die Fahrt nicht aufgegeben und ist im Kanal geblieben. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt.

Sie hätten also, das in der Drückheit während des Gefechts die Stellung von dem andern verloren, hier ein gefährliches feindliches Torpedobootsgefecht, das isten aus dem Kanal durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt.

Die englische Meldung.

Die amtliche Meldung der englischen Admiralität lautet: Ein deutsches Torpedoboot 'M. 69' wurde in der Nacht vom 23. zum 24. Januar im Kanal durch unsere Torpedos schwer verletzt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt. Die Besatzung wurde durch die Explosionen der Torpedos schwer verletzt.



Unsere Opfer.

Das deutsche Torpedoboot 'M. 69', das schwer beschädigt in Umuiden eingelaufen ist, hat acht Tote an Bord, darunter den Kommandanten und zwei andere Offiziere. 'M. 69' scheint dreimal getroffen und außerdem mit anderen Schiffen zusammengestoßen zu sein.

Der in Umuiden eingelaufene Torpedojäger 'M. 69' ist am Achterschiff sehr schwer beschädigt. Der hintere Schornstein hängt über Steuerbord und die Kommandobrücke ist durch Granatgeschosse zerstört. Die Zahl der gelandeten Verwundeten wird auf sechzehn angegeben, darunter neun weniger schwer Verwundete. Zwei konnten an Bord des Torpedojägers zurückkehren.

Holländische Hilfsbereitschaft.

Das 'Handelsblatt' meldet aus Umuiden: Das holländische Schiff 'Gems' wurde morgens 9 Uhr von einem deutschen Torpedojäger angehalten und erlitt 10 Schwerverwundete aufzunehmen und an Land zu bringen. Der Kapitän des 'Gems' entsprach dem Wunsch der Verwundeten gefahrt wurde. Der deutsche Torpedojäger ist schwer beschädigt worden, der hintere Schornstein wurde weggeschossen. Der Torpedojäger wurde von drei holländischen Schleppbooten in einen Hafen gebracht. Außerdem wurde heute früh ein zweiter deutscher Torpedojäger gesichtet, der in voller Fahrt nach Norden fuhr und anscheinend nicht beschädigt war.

Automobil-Anrufsanzen des Roten Kreuzes rufen von Amsterdam nach Umuiden ab. Je fünf bis zehn weniger schwer Verletzte, außerdem einige leicht Verwundete sind in die rote Kreuz-Station in Umuiden eingeliefert worden. Das Ufer war durch holländisches Militär abgeperrt. Aus dem Zustand des Torpedoboots 'M. 69' geht hervor, daß es schwer beschädigt ist. Mehrere Meldungen berichten: 'M. 69' in den Territorialgewässern anrufen hat, damit er sich seine Verwundeten abnehme, in Umuiden 'M. 69' und die Behörden verständigt waren, fuhr sofort zwei holländische U-Boote, zwei Torpedoboots und zwei Schlepper zur Hilfeleistung ab. Das Torpedoboot wurde dann von den Schiffern ins Taa genommen. Es stellte sich heraus, daß es selbst nicht hatte und fest war, jedoch das Wasser in das Boot hineinstürzte.

Bericht

wurden weitere 5 Schiffe.

Folgen des Seekrieges.

Carl Stacholus De-Blad hat die Versenkung der englischen U-Boot mit dem russischen Dampfer 'Jagebor'a' durch ein deutsches U-Boot vor Solva, daß der Dampfer vor der Küste von England nach Schweden aufgehört ist. Der Schwedische U-Boot, dem die 'Jagebor'a' anzuwies und der in der englischen Bucht nach Schweden wandert, wird mit, daß er keine U-Boote mehr anzunehmen gewillt sei, von der man befürchten müsse, daß er Danaware enthalte.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Kämpfe in Tharkis.

Der englische Oberbefehlshaber in Ostafrika meldet: Sämtliche an der Entschlößelbewegung am letzten Abend und im Osten beteiligten Kolonnen machten beträchtliche Fortschritte. Unsere Truppen drangen von Nord nach Süd in das Delta bei Danka und Mohoro und weiter westlich ein. Eine starke feindliche Streitmacht wurde aus dem Gebiet des Deltas entzogen. Bei Mnyakihi lag der Feind ein Lager im Danka, in dem 16 Weiber und 200 Eingeborene sich befanden. Die Weiber waren verwundet. Südlich Kabambawe leistete der Feind mit einer starken Kavallerie Widerstand. Er wurde aber nach einem den ganzen Tag andauernden Kampf aus seinen Stellungen vertrieben und befindet sich jetzt in eiligem Rückzug. Im Danka-Bezirk vertreibt eine Kolonne des Brigadegenerals Rother den Feind von einer Höhebene östlich von Lupombe und vertreibt ihn in Richtung auf Mahenge. Eine andere Kolonne vertreibt südlich eine feindliche Abteilung, die sich nach Süden wandte und beabsichtigte sich einer Brücke über den Karambe. Sie machte der zurückgehenden feindlichen Streitmacht der Danga ein Gefecht und operiert mit einer starken Kolonne. Sie ist in Richtung Rückzug nach Manganen vorrückt.

Die Operationen des Alpenkorps vom Roten-Turm-Paß bis Titu.

Die Sperrung des Roten-Turm-Paßes.

Das dem General Hauptquartier wird uns geschrieben: Am 23. September übernahm General der Inf. u. Kavallerie...

hann den Oberbefehl über die 9. Armee und leitete nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung die Maßnahmen zur Umfassungsschlacht bei Hermannstadt ein.

Am 26. 9. sollte der rechte Armeeflügel in Anlehnung an das Gebirge südlich Orlat den an den Nordhängen der Berge stehenden Gegner aufrollen; die Front sollte beiderseits über Hermannstadt angreifen. Der linke Armeeflügel hatte, unter Beibehaltung seiner Stellung auf dem rechten Alt-Ufer östlich Hermannstadt, Kräfte über den Fluß vorzutreiben, die nach Vorstoß in südlicher Richtung nach Westen einbrechen und dem feindlichen rechten Flügel ein Ausweichen in das Fogaralergebirge verwehren sollten.

Der Alpenkorps-Division fiel die schwere Aufgabe zu, durch Vorgehen gegen den Roten-Turm-Paß die einzige Rückzugstraße abzuschneiden, außerdem mit Teilen den rechten Armeeflügel im Angriff zu unterstützen und ein Entkommen des Gegners in südwestlicher Richtung zu verhindern. Hierzu stellte das Alpenkorps eine besondere Gruppe in Gegend Szekesye bereit, während die rechte Kolonne in aller Stille und vom Feind unbemerkt am 22. 9. aus dem Gelände von Jimna (35 Kilometer westlich Hermannstadt) den Vormarsch in das Gebirge antrat.

Ueber die Bergkuppen des D. Capta (1165), Guga Nr. (1390) und Barjul Strimba (1831) erreichte die Vorhut am Abend des 23. 9. das Gelände des Cindrelul (2245), ohne auf feindlichen Widerstand zu stoßen. Nach anstrengendem vierstündigem Marsch auf steilen mit Felsstufen durchsetzten, im Hofwald mit Unterholz überwucherten und durch Windbrüche gesperrten Saumpflätzen gelangte das Alpenkorps — vom Streifesci (2244) nach Osten einbrechend — spät in der Nacht zum 25. 9. bis in das Gelände des Negovanul (2186) und schob Vorposten gegen die im einprägenden Grenzviertel liegende 'Schuhhütte' (1736) vor. Ueber die Linie Barjul Mare (2033) — Brejba (1745) entfaltete sich am folgenden Abend die Marschkolonne zum Vorgehen gegen den Roten-Turm-Paß unter Sicherung der rechten Flanke gegen den Süden über das Gelände Wiscu Batafulul-Mt. Robu zu erwartenden Angriff. Da am folgenden Tage die vom linken Armeeflügel vorgehenden Kräfte die Gegend westlich und südlich Szarata erreichten, war die strategische Einteilung der rumänischen 'Alt-Gruppe' (General Manolescu) vollzogen.

Gegen die Paß-Streife Cainenil-Bahnbrücke nördlich dieses Ortes wurde das von Prinz Heinrich von Bayern geführte Bataillon des bayerischen Leib-Infanterie-Regiments vorgehoben. Ein weiteres Bataillon stieß gegen die rumänische Paßgrenze vor, während eine Kompagnie dieses Bataillons über den Brejba gegen den Nordabhang des Paßes marschierte. Das gegen den südlichen Paßausgang entsandte Bataillon hatte bereits 6 Uhr nachmittags sein Ziel erreicht und die dortige Bahnstrecke durch Sprengung unterbrochen. Der Rote-Turm-Paß war nunmehr von Süden abgeperrt.

Eine bereits von Norden in den Paß eingebogene rumänische Kolonne fand den Weg nach Süden verlegt, den Ausgang nach Nordosten auf Szarta gesperrt. Sie machte in Unordnung Kehrt und eilte im Galopp wieder nach Norden zurück. Damit begann die Panik in den Bewegungen der feindlichen Kolonnen und Trains.

Die am 26. 9. durchgeführte Sperrung des Paßes hatte in den nächsten Tagen erste Kämpfe zur Folge. In letzter Stunde hatte der Gegner die ihm drohende Gefahr erkannt und versuchte nun durch Vorstoß stärkerer Kräfte gegen das Alpenkorps das Unheil abzuwenden.

Er raffte von allen Seiten noch verfügbare Kräfte zusammen und begann eine Reihe verzweifelter Gegenangriffe.

Von Süden her griffen am 27. 9. nachmittags einige Kompagnien unsere auf Mt. Murgaju (1763) stehende Sicherungskompagnie an, wurden aber im wirksamen Feuer österreichischer Gebirgsartillerie abge schlagen. Südlich Cainenil wurden Entlastungstruppen ausgesandt, die über Cainenil sowie aus dem Paße selbst zum Angriff voringen. Auch rumänische Artillerie griff in den Kampf ein. Stärkere Kräfte stießen am 28. 9. von Cainenil nach Nordwesten und Südwesten gegen unsere Stellungen vor. Wiederholte, auch in der Nacht zum 29. 9. fortgesetzte Angriffsversuche zur Deimung des gesperrten Paßes blieben erfolglos. Auch von Norden her bemühte sich der umklammerte Feind verzweifelt gegen die Plänke des Alpenkorps vorzujagen. Die von Szekesye herangezogene Gruppe mehrte durch ihr Vorgehen über den Balare-Daculu (1714) — Szhan diese Gefahr ab: Vergeblich versuchte der von Norden gegen das Gebirge geworfene Feind sich durch die schwachen Abteilungen des Alpenkorps den Weg nach Süden zu bahnen.

Am 28. 9. wurde in wiederholten Sturmangriffen und im blutigen Handgemenge der hartnäckigen Widerstand leitende Feind auf der ganzen Front der bis in das Gelände N. E. Imacs vorstehenden 9. Armee auf den Nordabhang des Paßes zurückgezwungen.

Unabsehblich wurde die Panik der in den Paß hineingedrückten und in keinem Eingange sich tauchenden Massen. Kolonnen, Geschütze und Munitionswagen stiegen im verheerenden Infanterie- und Maschinengewehrfener des Alpenkorps auf eine in der Dreck des Kavalerierunns quer über die Paßstraße gezogene Sperre. Auf den Anruf der sich hier im Feuer anhäufenden Massen drückten die zurückstuhenden Truppen von Norden. Andere Kolonnen wieder verdrängten auf der engen Paßstraße fecht zu machen und wollten nach Norden durch die nachdrängenden Abteilungen zurückjagen. Im Augendeck des Alt-Regen und taoben sich Jagdgeschützen nach Süden. Wieber und Wagen versanken in dem hellenweißen tiefen Wasser. Infanterie stürzte auf der Bahnhälfte nach Süden. Rinder- und Schweinherden drängten sich auf der Straße und von den Verhängen stießen die stehenden Truppen. Von Stunde zu Stunde wurde der Druck der Anstöße von Norden und die Panik im Paße härter fühlbar. Die Stellung der Kolonne stürzten Teile des geschlagenen Feindes in das Fogaralergebirge.

Die am 26. 9. einleitete Umfassungslacht war am 30. 9. mit der Vernichtung starker Teile der 1. rumänischen Armee beendet. Neber 40 Bataillone und 16 Feldbatterien wurden zerstört oder flüchteten in die Gebirge nach Südosten. Der kühne Gebirgsmarich des Alpenkorps und die Sperrung des Koton-Turm-Passes ohne Rücksicht auf dauernde feindliche Gegenangriffe von Süden, Osten und Norden ermöglichte die Verwirklichung des Vernichtungsgedankens, den die Oberste Heeresleitung ihren Weisungen an die Anführer zugrunde gelegt hatte.

Anfang September war das Alpenkorps aus dem Verbände der 5. Armee ausgeschieden: Im Angriff entschlossen und kühn, in der Verteidigung zäh und unerschütterlich — so hat sich das Korps unter seinem liebgewohnten Führer, Generalleutnant Krafft v. Dellmensingen, geschlagen auf den Bergen und in den Schluchten der heijumstürzten Höhen vor Verdun.

Zu neuen Taten ruft auch nun der Wille des obersten Kriegsherrn. Ich weiß: das bedeutet für das Korps Mehrung des Ruhmes, der es sich in so reichem Maße erworben hat. Und doch — es wird mir schwer, euch ziehen zu lassen. Lebt wohl, Kameraden. Gott mit euch!

So lautete der Anweisungsbefehl des deutschen Kronprinzen an das scheidende Alpenkorps. Am Koton-Turm-Pass gingen die Worte in Erfüllung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Deutsche Städtetag und die Lieferungsverträge.

In der „Deutschen Städtetage“ werden die Leitsätze veröffentlicht, die der Vorstand des Deutschen Städtetages über die vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts angeregte Abschließung von Lieferungsverträgen in seiner Sitzung am Sonnabend angenommen hat. Der Vorstand steht dem Gedanken von Batockis nicht nur sympathisch gegenüber, sondern er erklärt, daß die Städteverwaltungen sich schon bisher in dem angeregten Sinne betätigt haben. Bei der Weiterverfolgung dieses Gedankens müsse aber ein Wieder-aufleben des Wettbewerbes der Städte bei der Beschaffung von Lebensmitteln vermieden werden. Für die gesamte Verhandlung und Durchführung der Verträge bedürfe es jedoch einer Zusammenfassung der Verkäufer zu Organisationen von hinreichender Größe, die mit den nötigen Machtmitteln gegenüber den einzelnen Landwirten ausgestattet sind; auch sei eine kräftige Organisation auf dem Lande zur Herbeischaffung der Waren erforderlich.

Der letzte Leitsatz lautet wörtlich:

Für die den Städten bei den Lieferungsverträgen zu-fallenden Aufgaben wird es Sache des Deutschen Städtetags sein, durch Herbeiführung eines lebhaften Austausches der Erfahrungen den Abschluß und die Durchführung der Verträge zu erleichtern. Entsprechend der Anregung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist der Deutsche Städtetag auch gern bereit, auf Wunsch anderer Gemeindevverbände, und im Zusammenwirken mit ihnen diese Tätigkeit so auszugestalten, daß sie auch den Mitgliedern anderer Gemeindevverbände zugute kommt. Für die den zentralen Stellen obliegenden Aufgaben der verantwortlichen Leitung der gesamten Kriegswirtschaft wird auch in Zukunft eine Kugelharmachung der durch den Deutschen Städtetag ermittelten städtischen Auffassungen und Wünsche dringend erbeten.

Ablösung der Militärpersonen durch Zivilpersonen.

Die Freimachung der Militärpersonen durch Hilfsdienstpflichtige, Frauen und Jugendliche soll gemäß einer vom Kriegsamt an die stellvert. Generalkommandos u. w. ergangenen Anweisung in weitestem Umfange erfolgen. Die Anordnung des Kriegsamtes besagt, daß bis spätestens Ende März alle überhaupt ablösbbaren Militärpersonen durch Zivilpersonen ersetzt werden müssen.

Alle Stellen, die Militärpersonen freimachen können, müssen sich in vollem Bewußtsein der Wichtigkeit dieser Maßnahme unablässig bemühen, den nötigen Zivilersatz selbst zu beschaffen. Es muß Ehrensache für alle militärischen Behörden sein, keinen einzigen kv. oder gv. Mann in der Kasernen zu haben, der sich irgend durch eine Zivilperson ersetzen läßt.

Für die Werbetätigkeit stehen folgende Mittel zu Gebote:

- a) Zeitungsannoncen, besonders auch in der lokalen Presse,
- b) Anschläge an Sitzsäulen und Mauern,
- c) werbende Tätigkeit durch Lehrer und Geistliche, Schüler und Studenten,
- d) öffentliche Vorträge durch geeignete Persönlichkeiten.

e) Heranziehung möglichst zahlreicher Vereine zur Aufklärung und Werbung bei ihren Mitgliedern. Weitere Maßnahmen werden vom Kriegsamt selbst ausgehen.

Arbeitsniederlegung zurückgestellter Arbeiter.

Der kommandierende General in Münster, Freiherr v. Kayl hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Nach bisher gelangten Mitteilungen haben wiederholt reklamierte Arbeiter, ohne sich um die Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, betr. den Abkehrschein zu kümmern, ihre Arbeit verlassen, um Arbeit an anderer Stelle zu suchen. Hierzu weist das stellvertretende Generalkommando darauf hin, daß vom Heeresdienst zurückgestellte, reklamierte Arbeiter, die ohne den Abkehrschein und ohne den Schlichtungsausschuß anrufen, die Arbeit in dem Betriebe, für den sie zurückgestellt sind, niederlegen, ihre alsbaldige Einberufung zu gewärtigen haben.

Die „Berl. Politischen Nachrichten“ bemerken dazu: „Die Einberufung zum Heeresdienst ergibt sich als die notwendige Folge einer unberechtigten Arbeitsniederlegung von selbst. Für die vom Heeresdienst zurückgestellten Arbeiter gilt der Satz: Heeresdienst geht vor Hilfsdienst. Die zurückgestellten Arbeiter sind von der Leitung des Heeresdienstes nur solange entbunden, als ihre anderwertige Beschäftigung für das Vaterland noch wichtiger ist als der Dienst im

Heere. Sobald diese Voraussetzung wegfällt, könnte es die Heeresverwaltung gar nicht verantworten, sie nicht wieder in den Heeresdienst einzustellen, in den sie von Haus aus gehören. Die Voraussetzung ihrer Zurückstellung entfällt aber unter Umständen auch dann, wenn sie nicht mehr gerade an derjenigen Stelle arbeiten, für die nach ihren besonderen Fähigkeiten als Facharbeiter entweder zurückgestellt oder doch besonders notwendig sind, sondern an einer anderen Stelle, an der sie leichter ersetzt werden können. Sie hätten also in solchen Fällen die Wiedereinziehung zu gewärtigen, nicht etwa aus Rücksicht auf den Arbeitgeber, sondern lediglich aus militärischen Rücksichten. Für die Erledigung von Unstimmigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und einen sich daraus ergebenden Arbeitswechsel verbleibt auch den Reklamierten der Schutz des Hilfsdienstgesetzes und der darin vorgesehenen Ausschüsse.“

Japan.

Innerer Krisis. Petersburger Agentur-Meldungen heben hervor, daß die innerpolitischen Zustände Japans zu einer Krise geführt haben, die von erheblicher Bedeutung für die politische Lage Japans zu werden beginnt. Darauf hat im Parlament eine Mehrheitsopposition geurteilt, die seiner Arbeit zur Berechtigung des japanischen Imperialismus durchaus hinderlich ist. Die Zustände haben sich bereits derartig zugespitzt, daß man mit einer Auflösung der Kammer und mit Neuwahlen rechnet. Die Opposition greift Terakawa auch hauptsächlich deshalb an, weil er sich durch gewisse Abmachungen mit der Entente zu sehr die Hände gebunden habe, um nur die japanischen Interessen wahrnehmen zu können.

Nus Silber und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 25. Januar.

Wir Soldaten der Menschheit.

Nicht Minen, Granaten, Angriff und Blut,
nicht Massengräber und Siegesparaden...
Wir tragen in uns eine heilige Glut,
die wollen wir hüten und treu bewahren.

Ah, alle Angst und Sehnsucht und Pein
und alle wilden Stürme vertoben!
Wir wollen Soldaten der Menschheit sein
und fröhlich das schaffende Leben loben.

Wir wollen aus dieser wütenden Qual
hinab in die Städte großer Maschinen,
wir wollen im laueuden, brühenden Saal
der göttlichen Arbeit inbrünstig dienen.

Wir wollen, daß unsere strogende Kraft
nicht elend und müde im Graben vermodert:
wir haben ein Herz voll Leidenschaft,
das steil in die Enge der Werkstätt lodert.

Wir alle kommen aus Norden und Süd...
Wir wollen endlich Frieden auf Erden!
Unser Herz brennt eine heilige Glut,
daß alle Menschen brüderlich werden...

Max Barthel (Vogesen).

Die Scheidemann-Versammlung, die am Montag, 5. Februar, in der Stadthalle abgehalten wird, wirft bereits in der heijigen alldeutschen Presse ihre Schatten voraus. Das war zu erwarten, denn die Bestrebungen auf Herbeiführung eines baldigen Friedens auf dem Verständigungswege, die starke Förderer in der deutschen Sozialdemokratie und besonders in dem Genossen Scheidemann haben, vertragen sich wie Feuer und Wasser mit den Plänen der Groberoberungsminister der verschiedensten Art, die von ihrem Schreibtisch aus die Neuverteilung der Welt vornehmen möchten, ohne selbst eine andere Waffe als die Feder dabei in Bewegung setzen zu müssen. Um unsern Lesern eine Probe davon zu geben, wie gegen den Genossen Scheidemann gearbeitet wird, drucken wir folgenden Artikel aus der heutigen Morgenausgabe der „Lübecker Anzeigen“ vollständig ab:

Ein belgisches Strafgericht an Herrn Scheidemann.

Man könnte der Ansicht sein, Herr Scheidemann, der uns ja nächstens in Lübeck „beglücken“ wird, hätte sich den Dank der Sozialisten verdient. Er ist für die Wiederherstellung Belgiens mit einem Eisen eingetreten, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Er hat nicht nur Frankreich, sondern vor allen Dingen auch dem Lande des Königs Albert den Status quo mit einer Voraussetzungslosigkeit angeboten, als gäbe es in Zukunft keine englische und belgische Gefahr mehr für Deutschland. Hat Herr Scheidemann in Belgien mehr Glück gehabt als in Frankreich? Die französischen Genossen haben bekanntlich von seinen Friedensvorstellungen nicht die geringste Notiz genommen. Die belgischen Sozialisten werden in ihrer Antwort noch um einige merkliche Grade deutlicher und derber, so deutlich, daß diesmal sogar der „Temps“, dem die englischen und französischen Sozialisten noch lange nicht scharf genug sind, vollkommen zufrieden ist. Er nennt das Verhalten der belgischen Sozialisten ein Beispiel von Stolz, das tiefen Eindruck machen müsse. Was mit haben sich die belgischen Sozialisten diesen Lobpreis verdient?

Sie haben eine von Brüssel datierte Entschlieung gefaßt und sich darin zum strengen Richter über die deutsche Sozialdemokratie gesetzt. Wirklich, Herr Scheidemann kommt ja recht dabei weg! Die belgischen Sozialisten wollen nicht den geringsten Kompromiß mit den deutschen Sozialdemokraten schließen. Sie weisen jede Berührung, wenn auch bedingter Art, mit ihnen zurück. Vor jedem Annäherungsversuch warnen sie Frankreich und Belgien gerührt zu sehen; und auch dann wollen sie sich nur auf eine Zusammenkunft mit den deutschen Sozialdemokraten einlassen, um von ihnen für die Verletzung der belgischen Neutralität Rechenschaft zu fordern und sie für alle die Kriegserklärungen zur Verantwortung zu ziehen, die von den Mittelmächten ausgegangen sind. Aber nicht genug damit. Ein besonders wichtiges Kapitel der Unterjochung und Befragung, das die belgische Sozialdemokratie sich vorbehält, bildet das deutsche Friedensangebot. Die belgische Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß Friedensverhandlungen zurzeit vergebens und gefährlich sind, und sie wendet sich deshalb, wie der „Temps“ sagt, energisch gegen „die verbrecherischen Manöver“, mit deren Hilfe ein vorzeitiger Friedensschluß versucht werden soll. Die neutralen Sozialisten, die sich etwa an diesen Verhandlungen beteiligen sollten, erhalten ebenfalls eine scharfe Abfolge.

Das also ist der Dank, den Herr Scheidemann erntet! Er hat Belgien wieder herstellen wollen, er hat sich bemüht, einen Frieden herbeizuführen, der Deutsch-

einen vollständigen Verzicht auf die Früchte des Krieges müde. Und für alles das will ihn die belgische Arbeiterpartei vor ein Gericht stellen, das sicher den Angeklagten erbarmungslos verurteilen würde. Der „Temps“ nennt das ganze eine Lehre, die einer gewissen Größe nicht ermangelt. Das Blatt hat recht. Es ist eine Lehre für Herrn Scheidemann, aber eher bitter als groß. — Wir werden nächstens hören, ob er sie sich zu Herzen genommen oder ob weiter vor unsern Feinden — „gewebelt“ werden soll.

Diese Art alldeutscher Polemik gegen die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie gehört zu den alltäglichen Erscheinungen.

Sie weicht auch in der Tonart nicht sehr von dem ab, was der Pariser „Temps“ und ähnliche Blätter darüber zu sagen haben. Das Ziel ist eben hüten wie brühen das gleiche: erst den völligen Sieg und dann einen vom Sieger diktierten Frieden, unbekümmert darum, wie lange der Krieg bis dahin noch dauern wird. Dabei ist es durchaus falsch, zu behaupten, daß die französischen Genossen nicht die geringste Notiz von den Friedensvorstellungen genommen haben, die Scheidemann und die deutsche Sozialdemokratie propagieren. Im Gegenteil, ein sehr großer Teil hat sich erfreulicherweise sehr scharf gegen die französische Regierungspolitik gewandt und bekämpft die auch in dieser vorhandenen Bergewältigungsbestrebungen. Wenn ein Teil der belgischen Sozialdemokraten einen törichteren Beschluß gefaßt hat, so ändert auch das nichts an der Tatsache, daß nicht unbedeutliche Kreise der belgischen Arbeiterchaft mit Huysmans an der Spitze sich auf einen ganz andern Standpunkt gestellt und für ein Zusammenwirken zur Herbeiführung des Friedens ausgesprochen haben.

Das Geschrei des chauvinistischen „Temps“, das so wohlgefällig vom Lübecker Amtsblatt für seine Zwecke verwandt wird, sollte doch übrigens auf den denkenden Menschen in Deutschland kaum den geringsten Eindruck machen; auf dessen Beifall verzichteten wir Sozialdemokraten allerdings sehr gern und Uebung im „Bedeeln“ haben in Deutschland ganz andere Leute wie Scheidemann. Das weiß jeder, der sich vor allem an die Zeit vor dem Kriege erinnert, wo alle diejenigen Potentaten, die heute von der gleichen Presse mit den schwersten Angriffen bedacht werden, in den höchsten Löhnen gepriesen wurden.

Die Bürgerchaft tritt morgen abend 6 Uhr zu einer Versammlung im Rathause zusammen. Auf der Tagesordnung steht folgender Antrag des Senats: Ersetzung der Geltungsdauer der §§ 1a und 1b der Verordnung vom 18. September 1880, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auslieferung von Schiffen.

Höchstpreise für Fahrradbereitungen. Am 25. Januar ist eine Bekanntmachung über Höchstpreise für Fahrradbereitungen im Kraft getreten. Die in der Bekanntmachung bestimmten Höchstpreise betreffen alle im Gebrauch befindlichen oder für den Gebrauch bestimmten gummihaltigen Fahrraddecken und Fahrrad-schläuche, die gemäß § 8 der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der Fahrradbereitungen (Einschränkung des Fahrradverkehrs) vom 12. Juli 1916 enteignet werden. Da die in der eben bezeichneten Bekanntmachung gefestigte Frist zur freiwilligen Ablieferung der Fahrradbereitungen wiederholt verlängert worden ist und noch bis zum 5. Februar 1917 läuft, so können die Besitzer der in Betracht kommenden Fahrradbereitungen nur nochmals dringend darauf hingewiesen werden, ihre Bereitungen freiwillig zur Ablieferung zu bringen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Beschlagnahme u. w. der Lumpen. Am 25. Januar sind drei neue Bekanntmachungen erschienen, die sich mit Lumpen (Habern) und neuen Stoffabfällen aller Art beschäftigen. Zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art treten Nachtragsbestimmungen in Kraft, durch die der § 1 der Bekanntmachung eine neue Fassung erhält und durch die insbesondere die Meldepflicht, die bisher nur bei einem Vorrat von mindestens 3000 Kilogramm bestand, auf alle Bestände von 1000 Kilogramm an ausgedehnt wird.

Eine weitere Nachtragsbekanntmachung ist zu der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art erschienen, durch die eine Anzahl neuer Bestimmungen in den Preisstufen der alten Bekanntmachungen getroffen werden.

Ferner ist die Bekanntmachung betreffend Arbeitszeit in Lumpenreichereien vom 15. Januar 1916 aufgehoben und durch eine neue Bekanntmachung betreffend das Reijzen von Lumpen (Habern) ersetzt worden. Nach den neuen Anordnungen ist die Verarbeitung von Lumpen (Habern) oder neuen Stoffabfällen, die der Beschlagnahme unterliegen, auf Reijzmäshinen (Reijzwölben), Draufreijmähmaschinen, Draufreijten oder ähnlichen Maschinen nur noch gestattet, sofern sie für Heeres- oder Marinezwecke mit Erlaubnis der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsamtes des Königlich Preussischen Kriegsministeriums oder der Kriegs-Habern-Aktiengesellschaft erfolgt. Für andere Zwecke (Erfüllung von Zivilaufträgen) darf die Verarbeitung von Lumpen auf Reijzmäshinen nicht mehr erfolgen. Der Wortlaut der Bekanntmachung, der für die beteiligten Kreise von Wichtigkeit ist, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Anklohen wurde vom Reichsmilitärgericht das Todesurteil gegen den Schreiber Lütjohann, der in der Israelsdorfer Allee die Tochter des verstorbenen Landgerichtsdirektors Dr. Kunde getötet hat.

Verchiebung der Brotartenwoche. Vom 4. Februar ab beginnt die Brotartenwoche nicht mehr mit dem Montag, sondern bereits mit dem Sonntag; sie läuft dafür mit dem Sonnabend ab. Diese Aenderung bezweckt, den zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen, die am Montag in aller Frühe auf die Arbeit gehen, die Möglichkeit zu schaffen, sich bereits am Sonntag mit Brot zu versorgen. Die erste Brotartenwoche gilt, um diesen Uebergang zu ermöglichen, vom 29. Januar bis zum 3. Februar und enthält dementsprechend nur sechs Abchnittreihen. Dies bedeutet keine Verzögerung der Brotation, da diese Brotwoche nur sechs Tage zählt.

In der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins im Stadttheater, die am kommenden Sonntag nachmittag im Stadttheater stattfindet, sind an den bekannt gegebenen Stellen noch Eintrittskarten zu haben. Aufgeführt wird das packende Schauspiel „Die Marchauer Zitabelle“ von Gabriella Zapotka, ein Stück aus den Kämpfen des revolutionären Polen-

rums gegen die russischen Unterdrücker. Die Anklöfung der Bühne erfolgt am Sonnabend abend von 6 1/2 bis 9 Uhr. Wir machen auf diese Vorstellung besonders aufmerksam. Baldige Lösung der Eintrittskarten ist dringend zu empfehlen.

Öffentliche unerentliche Impfungen werden in Schinrup am 26. und 27. Januar vorgenommen. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Gesundheitsamtes im Anzeigenteil.

Streikbrosen. Der Ausbruch für Kriegsbeihilfe macht Herdurd darauf aufmerksam, daß jeder Inhaber von Kartoffelkarten berechtigt ist, 20 Pfund Streikbrosen bei jedem Händler zu entnehmen.

Der Ausschuss für Kriegsbeihilfe macht Herdurd darauf aufmerksam, daß jeder Inhaber von Kartoffelkarten berechtigt ist, 20 Pfund Streikbrosen bei jedem Händler zu entnehmen.

Der Ausschuss für Kriegsbeihilfe macht Herdurd darauf aufmerksam, daß jeder Inhaber von Kartoffelkarten berechtigt ist, 20 Pfund Streikbrosen bei jedem Händler zu entnehmen.

Der Ausschuss für Kriegsbeihilfe macht Herdurd darauf aufmerksam, daß jeder Inhaber von Kartoffelkarten berechtigt ist, 20 Pfund Streikbrosen bei jedem Händler zu entnehmen.

zu bedenken, daß im Frieden die Hälfte unseres Bedarfs durch Einfuhr gedeckt wurde.

Über die Lieferungsverträge erhaltete zunächst der Präsident des Kriegsernährungsamtes einen kurzen einleitenden Bericht. Er hob hervor, daß vielfach das Mißverständnis vorgeherrschte, daß ein vollkommener Systemwechsel in der bisherigen in der Zukunft durch das System der Lieferungsverträge aufgebracht werden solle.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst legte dar, in welcher Weise der Ausbau der Lieferungsverträge für Gemüse gedeckt sei. Es sei beabsichtigt, daß die einzelnen Bedarfsverbände direkte Lieferungsverträge nach einem von der Reichsstelle entworfenen Vertragsformular mit dem Produzenten abschließen.

An der darauf folgenden Besprechung wurde von allen Seiten bestätigt, daß ein Systemwechsel nicht in Frage komme. Neben zahlreichen einzelnen Vorschlägen über die Ausgestaltung der Verträge und die Preisbildung wurde vor allem betont, daß zur gesicherten Durchführung solcher Lieferungsverträge eine Erzeugerorganisation geschaffen werden müsse, mit der sich ein Abnahmevertrag abschließen ließe.

Über die Massenlieferung wurde vom Kriegsernährungsamt berichtet, daß die natürliche Entwicklung der Volkswirtschaft, Massenlieferungen usw. den Weg zur Zentralisierung genommen habe, was zweifellos gut zu heißen sei.

Ein weiterer Bericht betraf die Schwerarbeiter und im Zusammenhang damit die Sündenbühnen-Spende. Der Erfolg der Spende ist sehr erfreulich.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Förderung der Landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahre 1917 erhaltete der Präsident des Kriegsernährungsamtes, daß die Erfahrungen der Kriegsjahre gezeigt haben, daß die landwirtschaftlich mögliche Fläche sich jetzt nicht mehr vermehren lasse.

Die Besetzung des Kriegsernährungsamtes schloß die Beratung mit der Mitteilung, daß im Laufe des März die nächste Sitzung des Beirats stattfinden werde, in der das wichtige Thema der Vorbereitung des nächstjährigen Wirtschaftsjahres zur Behandlung stehen soll.

Wirtschaftliches.

Norwegens Industrialisierung.

Oslo, 18. Januar. Die Entwicklung der norwegischen Industrie in den Jahren 1900 bis 1914 zeigt aus dem nachstehenden statistischen Ansatze hervor. Die Zahl der Betriebe betrug von 1877 im Jahre 1900 auf 23 714 im Jahre 1914.

Der Gesamtarbeitslohn ist von 96,5 Millionen Kronen auf 235,4 Millionen Kronen gestiegen. Von der Einnahme der Betriebe entfielen auf die Pöhne 21 und 25 Prozent.

Der durchschnittliche Tagelohn ist für sämtliche Arbeiter von 2,91 Kronen auf 4,19 Kronen gestiegen. Bei einer Trennung der Zahlen für männliche und weibliche Arbeiter ergibt sich für die ersteren eine Erhöhung von 3,05 Kronen auf 4,42 und für die letzteren von 1,48 Kronen auf 2,17 Kronen.

Bekämpfung der Teuerung in Schweden.

Stockholm, 17. Januar. Zur Pinderung der Teuerung in Schweden veranlaßt die Regierung vom Reichstage 40 Millionen Kronen, wovon 16 Millionen zur Verteilung an Staatsangehörige (auch frühere) gelangen sollen, während 26 Millionen Kronen für preisregulierende Maßnahmen vorgezogen sind.

Organisierung der Unternehmer in Österreich.

Wien, 18. Januar. Wie aus vielen Anzeichen hervorgeht, sind die österreichischen Unternehmer am Werke, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel der Industrie einheitlich zu organisieren, um sie gegen die Arbeitermacht nach dem Kriege auszuspielen.

Amerikanische Kassenliebe.

Kopenhagen, 15. Januar. Nach Mitteilungen aus Amerika haben die amerikanischen Banken sich bereit erklärt, russische Schatzscheine als Zahlung für Lieferungen annehmen zu wollen. Auf Grund dieser Meldung erstrebt die Kreditverweigerung der amerikanischen Banken, England und Frankreich gegenüber in noch größerem Maße.

Wien, 18. Januar. Nach Mitteilungen aus Amerika haben die amerikanischen Banken sich bereit erklärt, russische Schatzscheine als Zahlung für Lieferungen annehmen zu wollen.

Aus dem Gerichtssaal.

Mit einem Haß unerschütterlicher Kohheit hatte sich das Schwurgericht in Schwerdtföcken zu beschäftigen. Der 26 Jahre alte Schreiner Johann Wenta war angeklagt, daß acht Monate alt verheiratete Frau zu Tode gemartert zu haben.

ein. Das Kind mit fürchterlichen Qualen, der Tod trat aber nicht ein. Da begann der Vater mit Faustschlägen nachzuhelfen. Er schlug das Kind so lange mit der Faust auf den Kopf, bis es endlich unter den fürchterlichen Qualen starb. Das Urteil lautete auf drei Jahre sechs Monate Gefängnis. — Und was tat die mitschuldige Nachbarschaft in ihrer Gleichgültigkeit und Feigheit?

Aus Nah und Fern.

Die Danstervorräte der Millionenchwinderin Kupfer. Nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz sollen in der Wohnung der Frau Kupfer nicht 450 000 Mark, sondern nur — 45 Mark gefunden worden sein.

Brandunglück in Quedlinburg. Gestern nacht brach in dem Weinbaurischen Modewarengeschäft ein Feuer aus, wobei zwei Feuerwehrleute zu Tode kamen.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Aus Budapest wird dem „Leipziger Tageblatt“ gemeldet: In der Nacht zum 17. Januar hat sich zwischen Triauf und Sagar ein Eisenbahnunglück ereignet. Die Güter waren durch einen mächtigen Felsblock verlegt.

Kampf mit italienischen Räuberbanden. Die berüchtigte Räuberbande des Briganten Ciccio, der allein 22 Morde auf dem Gewissen hat und der mit seiner Bande seit Jahren einen großen Teil von Sizilien terrorisiert, wurde nach heftigen Kämpfen gegen 60 Mann Infanterie und Kavallerie zur Kapitulation gezwungen.

Die Opfer der Londoner Munitionsexplosion. Reuter meldet folgende amtliche Verlustliste von der Explosion der Old Londoner Munitionsfabrik: Männer tot 44, schwerverwundet 19, leichtverwundet 155, Frauen tot 11, schwerverwundet 34, leichtverwundet 102, Kinder tot 14, schwerverwundet 19, leichtverwundet 71.

Schweres Grubenunglück in Japan. Die „Daily Mail“ erzählt, daß sich in den Minen von Chama in Japan, den wichtigsten Kohlengruben von Fushun, die den mandchurischen Bahnen gehören, eine Explosion ereignete. Von 1180 Männern, die sich in der Tiefe befanden, werden 1000 vermisst.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der Lübecker Volksbote dient den Arbeiterinteressen schützt die Rechte des Volkes!

Kleines Feuilleton

Arbeiter vor der Fabrik.

Ich hab' noch Zeit, noch meine Zeit, laßt mich gehen, denn ich bin heute krank.

Warte und warte, bis ich die Fabrik erreicht hab', dann hab' ich Zeit.

Warte und warte, bis ich die Fabrik erreicht hab', dann hab' ich Zeit.

Warte und warte, bis ich die Fabrik erreicht hab', dann hab' ich Zeit.

Der Gräber der Jüdischer.

Die Gräber der Jüdischer sind in der Stadt zu sehen. Sie sind sehr schön und gut gepflegt.

Kriegsgefangene Kinder.

Seit jugendliche Knaben dienen früher im preussischen Heere, hätten im Kampfe sogar die Fahnen, Ehrenmal taten sie manche beten. Im Jahre 1808 wurde bei der Kapitulation von Magdeburg ein 14-jähriger Junger von Holleben Kriegsgefangener genommen.

Bildungsgrad der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Den Bildungsgrad der Bevölkerung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten zeigen folgende Zahlen: Unter 3 495 476 der gesamten Bevölkerung sind 1 606 116 Analphabeten, und zwar 677 215 männlichen und 928 901 weiblichen Geschlechts.

Stechrüben!

Im Keller hab' ich hier im Schlaraf und Montoffeln, ich hab' schon 100 heimlich um vier Bergens nach Kartoffeln.

Stechrüben war'n mein Leibgericht, so erweil in der Woche, doch jetzt verträge ich sie nicht.

Im Keller hab' ich hier im Schlaraf und Montoffeln, ich hab' schon 100 heimlich um vier Bergens nach Kartoffeln.

Im Pochum hat man Gib'en viel, im Dortmund lauter Bohnen, viel Graupen ist man jetzt in Kiel.